



Nr. 38

28. Oktober 2015

## Inhalt

[Arbeitsschutzmesse A+A 2015](#)

[dbb Vize warnt vor gesundheitlichem Verschleiß der  
Verwaltungsmitarbeiter+++](#)

[Währungsunion: Dauderstädt fordert Beteiligung unabhängiger  
Gewerkschaften+++](#)

[Demografie: dbb jugend fordert verlässlichen öffentlichen Dienst  
im ländlichen Raum+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW: Gesamtkonzept und gesetzgeberisches Handeln sind das  
Gebot der Stunde+++](#)

[Landesbund des dbb sieht „Beihilfeskandal“ in Hessen+++](#)

[BDF: Naturschutz ist nicht die einzige Funktion des Waldes+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Arbeitsschutzmesse A+A 2015

### dbb Vize warnt vor gesundheitlichem Verschleiß der Verwaltungsmitarbeiter

**(dbb) Angesichts der enormen derzeitigen Belastungen der öffentlichen Verwaltung mahnt der dbb einen sorgsamem und wertschätzenden Umgang mit der Gesundheit der Beschäftigten an. Durch den anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen und Asylsuchenden stünden die Verwaltungen allerorten vor großen Herausforderungen, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes und Chef der komba gewerkschaft Ulrich Silberbach im Vorfeld eines „Führungskräftetreffens Öffentlicher Dienst“, das am 27. Oktober 2015 auf der weltweit größten Fachmesse für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit A+A in Düsseldorf stattfand.**

Die Beschäftigten in den Kommunen stünden vor einer Belastungsprobe, so Silberbach. „Durch den Personalabbau der vergangenen Jahre ist es für die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen zu einer massiven Arbeitsverdichtung gekommen - mit der Folge, dass sie am Limit arbeiten.“ Vor allem durch den nicht abbreißenden Migrantenzustrom verschärfe sich die Lage bei den Sachbearbeitern massiv. „Die langen Registrierungsschlangen vor den Verwaltungsgebäuden zeigen drastisch, wie kurzfristig die Personalpolitik der letzten Jahre war“, sagte Silberbach.

Zwar steuere die Politik bereits um und suche derzeit händeringend personelle Verstärkung. „Doch bis diese gefunden und eingearbeitet ist, müssen die Aufgaben mit dem viel zu klein bemessenen Personalbestand bewältigt werden. Die Beschäftigten gehen dabei bis an ihre Leistungsgrenze und oft auch darüber hinaus.“ Silberbach betonte, dass gerade vor diesem Hintergrund der Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht vernachlässigt werden dürfe: „Wer

eine handlungsfähige Verwaltung will, der muss auch an die Beschäftigten denken“, so Silberbach.

Die internationale Fachmesse A+A, die von einem Kongress begleitet wird, findet vom 27. bis 30. Oktober 2015 in Düsseldorf statt. Der dbb beamtenbund und tarifunion ist mit einem Stand auf der Messe vertreten und bietet zudem Fachvorträge im Rahmen des Kongresses an. Das „Führungskräftetreffen Öffentlicher Dienst“, das der dbb maßgeblich mitgestaltet hatte, stand unter dem Motto „Gesund und sicher führen – sich selbst und andere“ und griff unter anderem Aspekte der kommunalen Personalpolitik sowie Gewalterfahrungen im Alltag von kommunalen Beschäftigten auf. Der dbb konnte mit Prof. Bernhard Frevel von der Fachhochschule Öffentliche Verwaltung NRW einen renommierten Referenten zum Thema „Bürgernähe und aggressive Kunden: Anforderungen an die Beschäftigten, Verantwortung des Arbeitgebers“ gewinnen. (01/38/15)

## Währungsunion: Dauderstädt fordert Beteiligung unabhängiger Gewerkschaften

**(dbb) Die Europäische Kommission hat am 21. Oktober 2015 konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vorgestellt. Auf dem Weg zu einer Finanzunion will die Kommission das so genannte Europäische Semester neu gestalten. „Im Rahmen des Europäischen Semesters überwacht die EU die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten und empfiehlt Wirtschafts- und Sozialreformen. Das bisherige Niveau der gewerkschaftlichen Beteiligung im europäischen sozialen Dialog ist nicht ausreichend“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt. „Wenn die EU die soziale Dimension der WWU stärken will, muss sie alle europäischen Sozialpartner einbeziehen, auch Minderheiten“, forderte Dauderstädt mit Blick auf die Europäische Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI).**

Die EU-Kommission hat angekündigt, die Sozialpartner würden bei der Vertiefung der WWU eine „zentrale Rolle“ spielen. Der dbb Bundesvorsitzende begrüßte das, forderte aber auf

Gewerkschaftsseite die Beteiligung auch der CESI, nicht nur des Europäischen Gewerkschaftsbundes. „Die unabhängigen Gewerkschaften repräsentieren immerhin fünf Millio-

nen Mitglieder. Sie sind keine Quantité négligeable." Wenn die Kommission für ihre Vorhaben breite Akzeptanz finden und auch die Expertise ideologisch ungebundener Gewerkschaften einholen wolle, müsse sie die CESI in das erneuerte Europäische Semester einbeziehen.

Er erwarte darüber hinaus eine stärkere Rückkopplung an die nationalen Sozialpartner, so der dbb Chef. „Das Europäische Semester betrachtet die wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaa-

ten. Also müssen auch die sozialpartnerschaftlichen Akteure auf dieser Ebene konsultiert werden." Dauderstädt begrüßte den verstärkten Einsatz von sozialen Folgenabschätzungen. „Gerade dieses Instrument kann aber nur valide sein, wenn es die anerkannten Akteure auf nationalstaatlicher Ebene mit einbezieht." Die Kommission strebe erklärtermaßen weitreichende Änderungen der Wirtschafts- und Währungsunion an. Dies sei nur erfolgversprechend, wenn sie einen inklusiven Ansatz verfolge.

(02/38/15)

## Demografie: dbb jugend fordert verlässlichen öffentlichen Dienst im ländlichen Raum

**(dbb) Die dbb jugend fordert im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung einen verlässlichen öffentlichen Dienst im ländlichen Raum. Bei der Sitzung der Demografie-AG „Jugend gestaltet Zukunft“, in der die dbb jugend durch ihre Vorsitzende Sandra Kothe vertreten wird, wurden am 27. Oktober 2015 in Berlin die Ergebnisse des aktuell laufenden Demografiestrategie-Beteiligungsprojekts "ich mache Politik| Demografie" zum Thema „Image der Jugend – digitale Infrastruktur und Angebote vor Ort“, an dem sich auch die dbb jugend beteiligt hatte, erläutert.**

„Die Stärkung des öffentlichen Dienstes im ländlichen Raum durch ausreichende personelle und materielle Ausstattung ist ein wichtiger Baustein in der Entwicklung jugendgerechter Kommunen“, betonte dbb jugend-Chefin Sandra Kothe, denn der öffentliche Sektor sei nicht nur als Garant der Daseinsvorsorge und Infrastruktur elementar für ein jugendgerechtes Lebensumfeld, sondern auch als Arbeitgeber attraktiv für junge Menschen – „insbesondere im ländlichen Raum“. Konkret forderte die dbb jugend zudem eine Rückgängigmachung der Einsparungen im Sicherheitsbereich im ländlichen Raum und den Erhalt eines gut ausgebauten und verlässlichen öffentlichen Nahverkehrs. Mit Blick auf die Bildung wünscht sich die dbb jugend mehr Lehrpersonal, um Klas-

senstärken reduzieren zu können. Die Demografie-AG „Jugend gestaltet Zukunft“ arbeitet derzeit an einer Handlungsempfehlung für Kommunen und die Bundesregierung. Im Juni wurde bereits die von der AG angeregte „Jugendbrille“, eine Art Jugendcheck für die anderen Arbeitsgruppen der Demografiestrategie, an alle Beteiligten versandt, damit Jugend immer und überall mitgedacht und berücksichtigt wird.

Der nächste Termin der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ findet am 19./20. November 2015 im Kyffhäuserkreis statt – einer von vier Referenzkommunen, die bis 2017 von der AG besucht werden.

(03/38/15)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

### BBW: Gesamtkonzept und gesetzgeberisches Handeln sind das Gebot der Stunde

**(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) fordert die baden-württembergische Landesregierung auf, ihren gesetzgeberischen Spielraum zu nutzen, um den Problemen angesichts des anhaltenden Zustroms von Flüchtlingen auf allen Ebenen wirkungsvoll zu begegnen. „Jetzt sind ein Gesamtkonzept und schnelles Handeln gefragt“, erklärte BBW-Chef und dbb Vize Volker Stich am 23. Oktober 2015 in Stuttgart. Der Regierung**

**Kretschmann warf er vor, sie habe im Sommer versäumt, Vorkehrungen zur Aufnahme und späteren Integration der Menschen zu treffen, als die Flüchtlingsbewegung aus den Krisengebieten bereits absehbar war. Jetzt weiterhin an dem vom Ministerpräsidenten propagierten Kurs „auf Sicht fahren“ festzuhalten, bezeichnete Stich als nicht nachvollziehbar.**

Stich forderte Grün-Rot auf, Pläne umgehend aufzugeben, eine freiwillige Weiterarbeit über die allgemeine Regelaltersgrenze hinaus nur dann zu genehmigen, wenn ein „dienstliches Interesse“ besteht. „Was wir angesichts des Personalmangels brauchen, sind Anreize, die Beschäftigten länger im Dienst zu halten, statt Eingriffe in bestehende Regelungen, die sich bewährt haben“, sagte der BBW-Landesvorsitzende. Zudem verlange seine Organisation, im Beamtenversorgungsgesetz des Landes eine temporäre Ausnahmeregelung

zu schaffen, damit auch für Pensionäre ein finanzieller Anreiz besteht, freiwillig in den Berufsalltag zurückzukehren. Insbesondere aber müsse die Landesregierung, in Anbetracht der außergewöhnlichen Herausforderung infolge der Flüchtlingskrise, die Absenkung der Eingangsbesoldung für junge Beamtinnen und Beamte zurücknehmen, um junge Leute überhaupt für einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst zu interessieren.  
(04/38/15)

## Landesbund des dbb sieht „Beihilfeskandal“ in Hessen

**(dbb) Mit Empörung hat der dbb Hessen darauf reagiert, dass die Landesregierung bereits angedrohte Einschnitte bei der Beihilfe in die Tat umsetzt. Der stellvertretende Landesvorsitzende Heini Schmitt sprach am 20. Oktober 2015 von einer „Minusrunde durch die Hintertür“ und einem „Beihilfeskandal“.**

Schmitt verwies auf „übermäßige Herausforderungen durch Personalabbau, höchste Wochenarbeitszeit, Nullrunde und aktuell die enorme Herausforderung durch die Flüchtlingsproblematik“ und kritisierte: „Und nun, pünktlich zum Beginn der Herbstferien, zieht die Landesregierung ungeniert Geld aus den Taschen der hessischen Beamtinnen und Beamten.“

Die Betroffenen seien mit einem Schreiben der Beihilfestelle in kurzen Worten darüber informiert worden, dass der Dienstherr die bereits

angedrohten Einschnitte bei der Beihilfe (also quasi dem Arbeitgeberanteil der Krankenversicherung der Beamten) wahr gemacht hat. Künftig müssen die Kolleginnen und Kollegen fast 230 Euro jährlich zuzahlen, um sich die stationären Wahlleistungen zu „erkaufen“. Das sei faktisch eine Minusrunde und bedeute insbesondere für untere Besoldungsgruppen, Teilzeitbeschäftigte und Pensionäre eine deutliche finanzielle Mehrbelastung. Der dbb Hessen lehne diesen Griff in die Taschen der Beschäftigten entschieden ab.  
(05/38/15)

## BDF: Naturschutz ist nicht die einzige Funktion des Waldes

**(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) begrüßt die Vertragsnaturschutzziele der Naturschutz-Offensive 2020 des Bundesumweltministeriums (BMUB). Diese decken sich mit den Forderungen des BDF nach Honorierung von besonderen, gesellschaftlich wichtigen Leistungen. Der BDF warnt jedoch davor, allein den Naturschutz im Fokus zu haben und andere Funktionen zu negieren. „Der Wald hat auch eine soziale und ökonomische Dimension. Diese werden durch die nachhaltige Forstwirtschaft gemeinsam im Blick behalten.“ Es entstünden Wälder, „die heute so wertvoll sind wie noch nie“. Dies sollte auch das BMUB endlich zur Kenntnis nehmen, so der BDF am 21. Oktober 2015. Experten aus Forstwissenschaft und Forstwirtschaft müssten an der an der Entwicklung von Konzepten für den Wald beteiligt werden.**

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hatte in der Vorwoche ihre Naturschutz-Offensive 2020 zur Verbesserung der Artenvielfalt vorgelegt. Das Programm enthält rund 40 Maßnahmen und Initiativen.

„Die Daseinsvorsorgefunktion des Waldes wird quasi negiert. Die wirtschaftliche Nutzung und

Gewinnerzielungsabsicht ist scheinbar eine Horrorvorstellung. Das sich Holznutzung und Naturschutz nicht ausschließen, liegt außerhalb der Vorstellungskraft der Autoren“, zeigte sich Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF erstaunt.  
(06/38/15)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Der unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf hat am 2. Oktober 2015 seine Arbeit aufgenommen. Als Vertreter des dbb beamtenbund und tarifunion wurde der stellvertretende Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** in das 21-köpfige Gremium berufen. Der Beirat befasst sich mit Fragen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Er begleitet die Umsetzung der Regelungen zu beruflichen Auszeiten, insbesondere die neu geschaffenen Flexibilisierungen im Pflegezeitgesetz und Familienpflegezeitgesetz, und berät über deren Auswirkungen, teilte das Bundesfamilienministerium dazu mit. Die Beiratsmitglieder engagieren sich ehrenamtlich in dem Gremium. In seiner ersten Sitzung hat der Beirat beschlossen, sich zunächst mit der Erfassung und Analyse vorhandener Daten, Statistiken und Umfragen, der Auswertung von Fachliteratur und internationalen Studien im Bereich der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie mit den Bedarfen pflegender Erwerbstätiger zu befassen.

Der Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt **Wolfgang Ladebeck** hat am 23. Oktober 2015 in einem Gespräch mit mdr info zum Personalabbau in Sachsen-Anhalt auf die hohe Arbeitsbelastung in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes hingewiesen. Es fehlten Vermessungsingenieure, die Begutachtung maroder Brücken bliebe liegen, Mitarbeiter aus der allgemeinen Verwaltung würden für Flüchtlingsaufgaben abgeordnet, und auch bei der Polizei fallen immer mehr Aufgaben an, so Ladebeck, der auch Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft ist. Zur Situation in der Bereitschaftspolizei sagte er: „Wenn Sie die Bereitschaftspolizei am Montag zu Legida nach Leipzig schicken, weil sie da unterstützen muss und wir haben am Mittwoch hier ein Risi-

kospiel – da brauchen sie die Kräfte dann schon wieder. Ich sage es ganz deutlich: Die Regenerierungszeit für die Kollegen wird immer kürzer. Die Belastungen werden immer höher - es gibt Kollegen, die machen sieben, acht, neun Wochenenden hintereinander Dienst und stehen natürlich zu ihrem Beruf, aber irgendwann ist Schicht im Schacht.“ Ladebeck forderte 900 neue Stellen bei der Polizei.

Gegen die im Gesetzentwurf geplante Zusammenführung von Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds hat sich erneut der DBB NRW ausgesprochen und vor einer Verringerung des Versorgungsniveaus gewarnt. Anlässlich der öffentlichen Anhörung des Unterausschusses Personal im Landtag am 23. Okt 2015 sagte **Wolfgang Römer**, Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, die Grundsätze von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit würden in eklatanter Weise mit Füßen getreten. Die mit dem Gesetzentwurf geplante Zusammenführung würde nach Auffassung des DBB NRW eine „erhebliche Unterfinanzierung der Versorgungsrücklagen“ zur Folge haben, die in den späteren Jahren die bisher vorgesehene Deckung von 70 Prozent der Pensionen unmöglich mache. Römer: „Wir fordern daher eine deutliche Heraufsetzung der geplanten Zuführungen von 200 Millionen Euro jährlich.“ Der DBB NRW werde sich strikt gegen eine Diskussion über die Verringerung des derzeitigen Versorgungsniveaus wehren, so Römer.

Als „großen Erfolg des Verbandes der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) für die Beschäftigten des BAMF“ hat der **VBOB** die Durchsetzung einer Zulage

für die Beschäftigten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bewertet. „Die Forderung des VBOB und dessen Vertretern in den Personalratsgremien nach Einführung einer Zulage für das BAMF wurde nunmehr von den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung aufgegriffen“, teilte der verband mit. Die Änderung des 7. Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes, die in den kommenden Tagen vom Bundestag beschlossen werden soll, sieht die Einführung einer Zulage für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAMF vor. Diese soll je nach Laufbahnzugehörigkeit zwischen 110 und 125 Euro pro Monat betragen und ab Januar 2016 ausgezahlt werden.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, hat vor negativen Folgen im Zusammenhang mit der sich zuspitzenden Belastung durch die Flüchtlingskrise gewarnt. „Das System droht zu kollabieren“, sagte Wendt der Zeitung „Die Welt“ (Ausgabe vom 23. Oktober 2015). Große Sorgen mache er sich um die Bereitschaftspolizisten, die eine Woche am Stück ihre Dienste an der Grenze in Bayern leisten, oft in Schichten länger als zwölf Stunden. „Dann aber wollen die Polizisten an den Wochenenden zu ihren Familien, müssen aber in neue Einsätze, etwa zu Fußballspielen oder Demonstrationen. Da beginnen Polizisten-Familien auseinanderzubrechen“, konstatierte Wendt. Zudem müssten Aufgaben wie etwa die Verkehrsüberwachung vernachlässigt werden. „Sie ist teilweise völlig zum Erliegen gekommen“, sagte Wendt. „Jetzt sehen wir die Schwächen eines schlanken Staats“, stellte Wendt fest. „Alles ist auf Kante genäht. Nun steigt der Druck, und schon droht das System zu kollabieren.“

Auf die Herausforderungen, die sich für die Justiz in Bund und Ländern im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszustrom ergeben, hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Justizgewerkschaft (DJG), **Emanuel Schmidt**, hingewiesen. Die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen steige massiv an, so Schmidt am 27. Oktober 2015. „Dabei geht es um eine steigende Anzahl von Klageverfahren wegen abgelehnter Asylanträge bei unseren Verwaltungsgerichten, den sprunghaften Anstieg von Strafverfahren gegen Schleuserbanden und Menschenhändler bei den Strafgerichten und auch um den Anstieg von Vorgängen bei den Betreuungsgerichten.“ Letztlich steht die deutsche Justiz vor bisher unbekanntem und derzeit noch nicht einschätzbarem Kraftanstrengungen, um die rechtsstaatliche Ordnung

mit vereinten Kräften weiterhin zu gewährleisten. Die politischen Entscheidungsträger müssten Gerichte und Staatsanwaltschaften endlich mit der dazu dringend notwendigen Personal- und Sachausstattung versehen, so Schmidt.

Der DPVKOM-Bundesvorsitzende **Volker Geyer** hat in einem Gespräch mit der „Berliner Morgenpost“ (Ausgabe vom 24. Oktober 2015) auf den Zusammenhang zwischen der Arbeitsbelastung der Zusteller und dem hohen Krankenstand bei der Deutschen Post hingewiesen. „Die Zustellbezirke werden immer größer, das Leistungsmaß ist immer weiter angehoben worden, und es wird zu wenig Personal eingestellt“, so Volker Geyer. Er bekräftigte die Forderung der DPVKOM nach einem Bemessungstarifvertrag, um die Mitarbeiter vor Überlastung zu schützen. Hintergrund des Presseartikels waren die massiven Einschränkungen bei der Postzustellung in Berlin, die nicht zuletzt auf einen hohen Krankenstand bei den Zustellern zurückzuführen sind.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fühlt sich in ihrer Forderung bestätigt, die Europäische Grenzschutzagentur Frontex zu einer echten operativen Grenzpolizei auszubauen. Nun hat sich dies auch die Bundeskanzlerin zum Ziel gesetzt, weil die aktuelle massenhafte Migration mit nationalen Mitteln nicht bewältigt werden kann, erklärte der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft **Ernst G. Walter** am 23. Oktober 2015. „Mit einer multinational zusammengesetzten Europäischen Grenzpolizei könnten die europäischen Vorgaben an den EU-Außengrenzen umgesetzt werden, ohne einzelne Staaten wie Italien, Griechenland oder Slowenien wie bisher zu überfordern und mit ihren Problemen allein zu lassen oder wie im Falle Ungarns bei notfalls auch unpopulären grenzsichernden Maßnahmen zu stigmatisieren“, so Walter. Die Forderung nach europäischer Außengrenzsicherung solle keine „Abschottung“ bedeuten, die sich gegen die Aufnahme von Verfolgten und Kriegsflüchtlingen richtet. Die neu aufzubauende Europäische Grenzpolizei solle einen geordneten Zuzug und eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Staaten sowie wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der internationalen Schleuserkriminalität ermöglichen.

Die Bundesvorsitzenden von VBB (Verband der Beamten der Bundeswehr) und VAB (Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr) haben am 22. Oktober 2015 am „Tag der Standorte“ in Berlin teilgenommen. **Wolfram Kamm** und

**Herbert Schug** waren der Einladung der Bundesministerin der Verteidigung, Ursula von der Leyen, gefolgt. Thema des „Tages der Standorte“ war vor allem der Dialog über die bisherigen Erfahrungen im Rahmen der Agenda „Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.“ bei der Umsetzung der 30 unterge-

setzlichen Maßnahmen. Zunächst wurde in Panels ein Überblick über den jeweiligen Umsetzungsstand gegeben, danach ging es um die Erfahrungen der Umsetzung aus den einzelnen Standorten.  
(07/38/15)

**Termin zum Vormerken:**

**Europäischer Abend**

Demagogen, Populisten und Fanatiker – Ein neues Zeitalter der Extreme  
Berlin, 2. November 2015